

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede des Bürgermeisterkandidaten Frank Goossens anlässlich der
Wahlversammlung des SPD-Ortsvorstandes Troisdorf vom 25.01.2014

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Liebe Genossinnen und Genossen, Liebe Freunde!

Ich danke allen, die heute hier so zahlreich zu dieser Wahlveranstaltung erschienen sind. Ein Gruß gilt auch den Damen und Herren von der Presse. Danke für Ihr Kommen.

Ich will der Bürgermeister dieser Stadt werden.
Und wenn ich Bürgermeister dieser Stadt bin, werde ich der Bürgermeister aller Troisdorfer und aller Stadtteile sein.
Auf diese Stelle gehört kein nachgelagerter Funktionär der CDU.

Ihr habt es schon bei der Wahlkampfunterstützung für unseren erfolgreichen Bundestagskandidaten Sebastian Hartmann gespürt, dass unsere Partei neue Kraft gewonnen hat.

Diese Stärke beruht auf unserem inneren Zusammenhalt und dem geschlossenen Auftreten nach außen.
Für diese Kommunalwahl haben wir die bestmögliche Mannschaft aufgestellt, es war ein gutes Zeichen, dass nach einer offenen Diskussion über diese Personalentscheidungen letztendlich einmütige Entscheidungen mit der denkbar größten Mehrheit beschlossen worden sind.
Wir haben Grund, selbstbewusst aufzutreten und ich sage Euch, diese Mannschaft hat das Potenzial die viel zu lange CDU-Dominanz in Troisdorf in ihren Grundfesten zu erschüttern.

Auch wenn es viele jetzt schon mehrfach gehört haben, möchte ich doch zunächst einmal in diesem größeren Kreis noch einmal die Gelegenheit nutzen, einige Dinge über mich zu berichten.

Ich bin 55 Jahre alt, von Beruf Rechtsanwalt, verheiratet, drei Kinder im Alter von 17, 24 und 27 Jahren.

Die beiden älteren Kinder studieren noch, die jüngste Tochter geht noch zur Schule. Ich habe mich nach dem zweiten Staatsexamen 1987 als Rechtsanwalt selbstständig gemacht und praktiziere diesen Beruf nunmehr seit mehr als 25 Jahren.

Im Laufe der Jahre habe ich zwei Fachanwaltsausbildungen zum Fachanwalt für Arbeitsrecht und Fachanwalt für Familienrecht absolviert, zuletzt noch eine Ausbildung zum Mediator.

In die SPD eingetreten bin ich 1982, und zwar kann ich mir das insofern leicht merken, weil es eine Art Trotzreaktion meinerseits gewesen ist, nachdem Helmut Kohl durch das konstruktive Misstrauensvotum Kanzler geworden ist und Helmut Schmidt abgelöst hat.

Der Gedanke, dass ich als Bürger dieses Landes von jetzt an durch Helmut Kohl im Ausland repräsentiert werden sollte war für mich damals einfach unerträglich.

Ich habe 2009 erstmals für den Stadtrat kandidiert, seit 2010 bin ich stellvertretender Ortsvereins-Vorsitzender. Und dieses Engagement mündet jetzt in meine Bereitschaft zur Kandidatur für dieses Amt.

Wenn die Frage im Raum steht: Soll ich das machen?
Dann fragt man sich natürlich: Kann ich das?

Was treibt dich eigentlich an?

Was kannst du, was die politische Konkurrenz nicht kann?

Dann ist das keine einfache Entscheidung, zumal ich dabei ja nun auch schließlich meine selbstständige Existenz, die mir ein gutes Auskommen ermöglicht, aufgeben muss. Von meiner Ausbildung her halte ich mich fachlich für absolut konkurrenzfähig zu den Mitbewerbern.

Böse Zungen sagen ja über Juristen, dass Juristen zwar nicht alles können, aber sie können alles besser.

Darin steckt ein wahrer Kern insofern, als man in der juristischen Ausbildung lernt Probleme systematisch strukturierter anzugehen und sich immer wieder schnell in neue Sachverhalte einzuarbeiten. Dies ist eine universell einsetzbare Kompetenz mit der ich glaube, eine Verwaltung führen zu können.

Eine weitere Begabung, die ich mitbringe, ist meine Fähigkeit im Streit ausgleichend zu wirken und bei Verhandlungen sinnvolle Kompromisse zu erzielen.

Dieser Kompetenz verdanke ich einen großen Teil meines beruflichen Erfolges.

Ich will damit sagen, wenn Ihr mich wählt, dann wählt Ihr eher den Typ Johannes Rau als den Typ Peer Steinbrück.

Ich bin aber der Meinung, dass das eine wichtige Fähigkeit ist, die man benötigt, wenn man die oft auch widerstreitenden Meinungen in einer Kommune zu einem sinnvollen Ergebnis zusammenführen will. Das ist meine grundsätzliche Ausrichtung, aber ich sage Euch auch, wenn es nötig ist, kann ich auch anders.

Kommen wir zu der Frage, was soll sich ändern in Troisdorf? Hier muss ich ein paar Dinge klarstellen:

Erstens: Die Bürgerbeteiligung fehlt. Sei es der Abriss des Bürgerhauses oder die Renovierung der Fußgängerzone mit der verhinderten Füllung der Platanen vor dem Forum: immer wird hier eine Politik gemacht, die den Bürger zum Statisten degradiert. Der Gipfel dieser beschränkten Sicht der Dinge bestand darin, dass die CDU im letzten Sommer eine Werbung geschaltet hat, in der Bauzäune und Kräne zu sehen waren und wo es im Text dann sinngemäß hieß: *Fahren Sie ruhig in Urlaub, wir kümmern uns darum, dass es in Troisdorf weitergeht.*

Zweitens: Missstände in den Ortsteilen. Ich habe angefangen, mir mit den Wahlkreiskandidaten die Ortsteile anzusehen mit den schönen Stellen und den Problemstellen. Es ist teilweise erschreckend, wie wenig die dort vorhandenen Probleme im Rathaus beachtet werden. Eine katastrophale Kindergarten-Personalsituation in Sieglar, in Spich lässt man die Bürger mit ihren durchfeuchteten Kellern zwei Jahre lang buchstäblich im Regen stehen, in Altenrath ein technisch vollkommen veraltetes Feuerwehrgerätehaus. Die freiwillige Feuerwehr hat vor einem Jahr einen Antrag zur Verbesserung der Situation gestellt und bis heute noch keine Antwort bekommen. So kann man nicht mit Menschen umgehen.

In den Ausschüssen haben wir uns fast nur noch mit Problemen befasst, die die Entwicklung des Stadtzentrums betreffen.

Dies ist nicht falsch gewesen, aber wir haben den einzelnen Ortsteilen viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Wenn wir die politische Verantwortung erhalten, dann werden wir uns nicht mehr ausschließlich mit Fragen der Stadtmitte befassen, sondern wir werden die Probleme der einzelnen Ortsteile Ortsteil für Ortsteil durchgehen und Punkt für Punkt in Angriff nehmen. Wir haben es schon mit unseren Infoständen im letzten Wahlkampf gezeigt, dass wir in den Ortsteilen präsent sein werden. Das versprechen wir und dieses Versprechen werden wir halten.

Troisdorf muss sich als soziale Stadt neu definieren.

Was ich meine, sind Themen wie sozialer Wohnungsbau; seit zehn Jahren ist in Troisdorf keine Sozialwohnung mehr gebaut worden; die Integration von Menschen ausländischer Herkunft in unsere Gesellschaft; die weitere Verbesserung der Kinderbetreuung in den Kitas und der Ausbildung in den Schulen und der Kampf gegen Armut in dieser Stadt. Wir wollen, dass die, die unsere Unterstützung benötigen, ein gutes Leben haben. Ein gutes Leben wird nicht ausschließlich über die Menge des vorhandenen Geldes definiert, ein gutes Leben ist ein Leben ohne Not und Existenzangst, ein Leben in dem man Teil einer Gesellschaft ist, in der man sich engagiert und in der man sich respektiert und gut aufgehoben fühlt.

Für die CDU scheint die Welt in Ordnung, wenn möglichst viel gebaut wird. Diese Sicht auf eine Stadt ist viel zu einseitig und oberflächlich.

Das Gedeihen einer Stadt hängt nicht nur von Neubauten und der Ansiedlung von neuen Firmen in den Industriegebieten ab, sondern auch ganz wesentlich davon, dass es für die Menschen dort ein gutes Leben gibt.

Hier müssen wir ansetzen.

Wir müssen die richtigen zukunftsweisenden Entscheidungen für diese Stadt treffen, die es den Menschen, die hier leben ermöglichen, auch in Zukunft so gut wie möglich in dieser Stadt zu leben.

Nehmen wir z. B. den demographischen Wandel.

Wir sind uns alle darüber im Klaren, dass der demographische Wandel unsere Gesellschaft vor eine enorme Herausforderung stellt.

Diese Herausforderung ist aber nicht nur ein Problem der staatlichen Sozialversicherungssysteme wie Kranken- und Rentenversicherung, das Problem spiegelt sich vielmehr im Kleinen auch in den Kommunen wieder.

Auf die sozialen Konsequenzen dieser Entwicklung hat die Politik in Troisdorf bislang nicht reagiert bzw. man hat es sich zu einfach gemacht.

Natürlich ist es begrüßenswert, dass bei den markanten Wohnbauprojekten in der Stadt Wert darauf gelegt worden ist, dass es sich um komfortable barrierefreie Wohnungen mit Aufzügen handelt, die es den Bewohnern auch im höheren Alter oder im Falle der Pflegebedürftigkeit ermöglichen, dort so lange wie möglich wohnen zu bleiben. Was man aber nicht bedenkt, ist, dass dieses Schicksal ja nicht nur den Leuten blüht, die sich eine solche teure Wohnung leisten können, sondern auch und gerade der sozial und finanziell schwächere Teil in unserer Gesellschaft wird genau die gleichen Probleme haben.

Die Überalterung der Gesellschaft wird dazu führen, dass wir statt Neubaugebieten am Ortsrand wesentlich mehr Bedarf an kleineren bezahlbaren, alters- und behindertengerechten Wohnungen haben werden. Diese Wohnungen entstehen nicht durch das freie Spiel der Kräfte, die Schaffung dieser Wohnungen ist eine Aufgabe der Politik.

Es wird im Übrigen nicht nur mehr ältere Menschen mit gewissen Einschränkungen, sondern auch mehr ärmere Menschen geben.

Das bisherige Rentenniveau ist unsicher. Betriebliche Altersversorgung ist die Ausnahme. Allzu viele Menschen leben in finanziell prekären Verhältnissen und haben überhaupt

keine Chance, eine vernünftige Altersversorgung aufzubauen. Ich kenne dies aus meiner Tätigkeit als Rechtsanwalt. In meiner Kanzlei vertrete ich nicht nur Unternehmen und Menschen in gutbürgerlich geordneten Verhältnissen, sondern vielfach auch Menschen in unsicheren Arbeitsverhältnissen, die selten von langer Dauer sind, meistens befristete Verträge bei Zeitarbeitsfirmen haben und immer wieder auf ergänzende Leistungen aus Sozialmitteln angewiesen sind. Da gibt es Männer und Frauen, die gesundheitliche Einschränkungen mitbringen und deshalb oft gnadenlos aus dem Arbeitsprozess aussortiert werden. Alle diese Menschen leben in einer ständigen existenziellen Bedrohung, in der auch Sozialleistungen alleine keine Lösung ist. Ich weiß wie das ist, ich habe Mandanten, für die ich in trauriger Regelmäßigkeit gegen Arbeitgeber, gegen die Bundesagentur für Arbeit und gegen das Jobcenter prozessieren muss; die Zahl dieser Menschen ist groß und ich befürchte, dass wir hier bislang viel zu wenig getan haben. Alle diese Menschen sind von Altersarmut bedroht und dies ist ein Problem, welches auf uns alle hier in dieser Stadt zukommt. Da müssen wir ansetzen.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, dass der demographische Wandel auch ganz unmittelbare Auswirkungen auf die Anforderungen an unsere politischen Entscheidungen haben wird. Wir, die SPD, sind die Partei, die diese Probleme wahrnimmt und deren Lösung in Angriff nehmen wird.

Und doch ist all dies nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage der Qualität der sozialen Lebensverhältnisse.

Viele Defizite können durch intakte soziale Strukturen aufgefangen werden, ich schlage hier wieder den Bogen zu den einzelnen Ortsteilen, in denen es ein relativ intaktes soziales Leben gibt, welches viele Probleme auffängt oder zumindest verringert.

Hier müssen wir ansetzen, wir müssen die Institutionen, die für das soziale Leben einer Stadt wichtig sind, fördern und stärken wo immer es geht. Ich denke hier an die Diakonie, die Caritas, die AWO, die Tafel und an die zahlreichen Vereine und Initiativen, die es gibt und deren Engagement für unsere Gesellschaft von enormem Nutzen ist. Wenn wir in diese Strukturen investieren, kann vieles zum Guten verändert werden.

Ich will mich aber hier nicht nur mit den Problemen älterer oder ärmerer Menschen befassen.

Zu dem Bereich des sozialen Lebens gehören auch funktionierende intakte Verkehrssysteme, die konsequent dem Bedarf folgen.

Dazu gehört, dass wir konsequent daran arbeiten, die Qualität der Kinderbetreuung in den Kitas zu verbessern und dass wir keine Schülerinnen und keinen Schüler ohne verwertbaren Schul- oder Ausbildungsabschluss zurücklassen.

Dazu gehört auch, dass wir ausreichend Geld für sozialpräventive Maßnahmen der Jugendämter in den Familien zur Verfügung stellen usw. usw.

Diese Liste könnte ich jetzt noch lange fortsetzen.

Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Für dieses Ziel und seine Umsetzung in dieser Stadt müssen wir mit aller Leidenschaft eintreten.

Und schließlich muss in dieser Stadt ein neues Wir-Gefühl entstehen.

Es liegt Einiges im Argen, was das Verhältnis zwischen den Bürgern auf der einen und Politik und Verwaltung auf der anderen Seite angeht.

Wenn man sich umhört, wird der Verwaltung und dem was im Rathaus und in der Politik passiert, wenig Sympathie oder Interesse entgegengebracht.

Umgekehrt haben die Menschen allzu oft das Gefühl, die Verwaltung bei der Arbeit zu stören oder nicht ernstgenommen zu werden.

Es sollte uns alarmieren, dass wir bei unseren Kontakten mit den Bürgerinnen und Bürgern praktisch niemals etwas Positives, sondern immer nur Klagen und Beschwerden hören.

Dass es so ist, ist die Schuld dieser Verwaltungsspitze, die es jetzt abzulösen gilt. Niemand sollte es als unangenehm empfinden, Kontakt mit der Verwaltung aufzunehmen oder den Gang ins Rathaus antreten zu müssen.

Für mich als Selbstständiger ist die konsequente Serviceorientiertheit bei meiner Dienstleistung selbstverständlich.

Wer kennt den Frust denn nicht, dass man im Rathaus anruft und niemand zu erreichen ist oder dass Nachrichten auf der Mailbox nicht beantwortet oder bearbeitet werden oder dass mit dem Bürger ganz einfach unfreundlich umgegangen wird.

Das Wir-Gefühl - welches ich anstrebe - kann nur entstehen, wenn wir die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen in dieser Stadt konsequent im Auge haben und uns nicht als deren Herrscher, sondern als deren Dienstleister begreifen.

Ich will einen anderen Politikstil, der den Bürger beteiligt, der transparente Entscheidungen hervorbringt und eine innere Identifikation mit dieser Stadt und seiner Verwaltung ermöglicht.

Wir werden unsere Projekte im frühestmöglichen Stadium der Überlegungen bereits öffentlich machen und zur Diskussion stellen. Wir werden zuerst miteinander diskutieren, erst danach werden wir entscheiden und ich bin mir sicher, dass diese Entscheidungen dann auch von den Menschen in unserer Stadt nachvollzogen und mitgetragen werden können, denn das, was dann geschieht, ist etwas, woran die Menschen teilgehabt haben und womit sie sich identifizieren können.

Die Verwaltung muss auch an die Menschen aktiv herangehen und nicht darauf warten, dass sich jemand engagiert.

Warum sollen z. B. Verkehrsprobleme nicht Thema des Schulunterrichts sein. Warum ist es nicht selbstverständlich, dass alle Schülerinnen und Schüler im Laufe ihrer Schulzeit die Stadtverwaltung kennenlernen und im Rathaus empfangen und herumgeführt werden. Warum macht man die Themen aus den Ausschüssen nicht zum Diskussionsgegenstand im Schulunterricht? An diesen Stellen entscheidet sich, ob bei diesen jungen Menschen eine Identifikation mit dem Gemeinwesen stattfindet oder nicht.

Troisdorf ist eine Stadt, in der es sich zu leben lohnt.

Ich möchte jeder Bürgerin und jedem Bürger das Bewusstsein und das Gefühl vermitteln, dass es sich lohnt, sich aktiv in dieses Gemeinwesen einzubringen.

Wir kennen das Prinzip aus unserer Partei. Jeder bringt sich und seine Erfahrungen und Fähigkeiten ein und er bekommt im Gegenzug das Bewusstsein zurück, für eine gute und richtige Sache eingetreten zu sein und schließlich bekommt er dieses Wir-Gefühl zurück, von dem wir hier sprechen.

Das ist nicht nur das Prinzip der SPD, das ist das Prinzip eines jeden Zusammenwirkens unterschiedlicher Menschen und gilt für die anderen Parteien genauso wie für den Schützenverein, den Karnevalsverein oder die Fußballmannschaft.

Nur diese Verwaltungsspitze erkennt dies nicht.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir stehen für einen anderen Stil im Umgang miteinander. Unter meiner Verantwortung wird die Zeit des von „Obenherabregierens“ vorbei sein.

Was bedeutet das jetzt für uns als Ortsverein?

Auch wenn es heute in erster Linie um meine Person als möglichen Bürgermeister geht, darf nicht vergessen werden, dass es bei der bevorstehenden Wahl schließlich nicht nur um die Person des Bürgermeisters, sondern auch um die Mehrheit im Stadtrat geht. Wir müssen, in den Wahlkreisen ein Ergebnis zu erzielen, mit denen es in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, an der SPD - Fraktion im Rat der Stadt Troisdorf vorbei zu regieren.

Alle Vorzeichen deuten darauf hin, dass wir gegenüber der letzten Kommunalwahl ein wesentlich besseres Ergebnis erzielen können. Hier hat eine Erfolgsgeschichte angefangen.

2012 haben wir mit Achim Tüttenberg wieder einen Landtagssitz gewonnen, in neun von zwölf Stadtteilen haben wir die Mehrheit geholt.

2013 hat Sebastian Hartmann das Bundestagsmandat geholt und 2014 sind das Amt des Bürgermeisters und die Mehrheit im Stadtrat fällig.

Es gibt doch kein Naturgesetz, dass die CDU immer die Mehrheit haben muss. Diese Mannschaft hat das Potenzial, die viel zu lange Vorherrschaft der CDU zu brechen.

Unsere Stärken sind die Einigkeit und die Geschlossenheit mit der wir aufgetreten sind. Und ich stelle hier noch einmal in aller Deutlichkeit klar: Zwischen mich, den Ortsverein, seinen Vorstand und die Fraktion passt kein Stück Papier.

Für mich hat dieser Tag heute eine große Bedeutung.

Wenn ich gewählt bin, fängt für mich der Wahlkampf an.

Das bedeutet für mich, dass sich von nun an bis zur Wahl für jeden von Euch von 08:00 Uhr morgens bis 0:00 Uhr abends erreichbar bin und dass ich mit jedem von Euch in Euren Wahlbezirken Haustürwahlkampf machen und alle Veranstaltungen mitmachen werde, wenn ich sie in meinem Terminkalender unterbringen kann.

Macht Euch klar, dass in manchen Wahlbezirken oft nur wenige Stimmen gefehlt haben, um diese direkt zu gewinnen.

Der Erfolg kommt nicht nur über ein einmaliges Feuerwerk, sondern über die Ausdauerleistung der gesamten Mannschaft.

Ich danke Euch für den Beifall.

Das ist für mich wie ein Vertrag oder ein gegenseitiges Versprechen. Wenn wir so aus dieser Versammlung nach Hause gehen und dann vier Monate lang intensiv und engagiert Wahlkampf machen, werden wir als Sieger aus dieser Wahl hervorgehen und dann werden wir auf unsere Art die Entwicklung dieser Stadt gestalten.

Ich danke euch!